Antrag

der Abg. Renate Thon u. a. Bündnis 90/Die Grünen

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Verteilung jüdischer Kontingentflüchtlinge

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

I. zu berichten,

1. wie die Verteilung jüdischer Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion in den verschiedenen Bundesländern gehandhabt wird,
2. ob der Landesregierung die Position der jüdischen Gemeinden bekannt ist, nach der die Verteilung der jüdischen Kontingentflüchtlinge von den jüdischen Gemeinden als überwiegend problematisch angesehen wird, da die Flüchtlinge auf 35 Landgemeinden bundesweit aufgeteilt werden,
3. ob die Landesregierung gegebenenfalls in Erwägung ziehe, den baden-württembergischen Verteilerschlüssel gemäß Erlass vom 26. Januar 1999, AZ: 4-1355/10 zu verändern;

II.

die Verteilung der jüdischen Kontingentflüchtlinge nach der bayerischen Regelung vorzunehmen.

07. 11. 2000

Renate Thon, Kretschmann,
Annemie Renz, Renate Rastätter, Marianne Jäger Bündnis 90/Die Grünen

Begründung:

Die jüdischen Gemeinden in Deutschland und die in Baden-Württemberg klagen über die Verteilung der jüdischen Kontingentflüchtlinge. Indem diese zwar einreisen dürfen, aber bundesweit auf 35 Landgemeinden verteilt werden, ist ihnen vielfach die Möglichkeit genommen, ihren Glauben in einer jüdischen Gemeinde zu leben. Diese jüdischen Gemeinden existieren in der Regel nur in größeren Städten. Viele jüdische Kontingentflüchtlinge können aus räumlichen Gründen nicht von einer Gemeinde betreut werden und umgekehrt aus finanziellen Gründen die Gemeinden nicht aufsuchen.

Die bayerische Regelung über die Verteilung der Kontingentflüchtlinge trägt dieser Problematik Rechnung und sollte auch von Baden-Württemberg übernommen werden.

Neben der praktischen Bedeutung für die Betroffenen wäre es auch in Zeiten rechtsextremer Ausschreitungen gegenüber Minderheiten in Deutschland ein Zeichen von Solidarität mit den jüdischen Gemeinden und deren Mitgliedern, bzw. den jüdischen Kontingentflüchtlingen, das von hoher Bedeutung wäre. Gerade die Bundesrepublik Deutschland und damit auch das Land Baden-Württemberg stehen in einer großen historischen Verantwortung gegenüber Menschen jüdischen Glaubens.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 30. November 2000 Nr. 4-1355/10 nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen*

I. zu berichten,

1. wie die Verteilung jüdischer Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion in den verschiedenen Bundesländern gehandhabt wird,

Zu I. 1.:

Zur Erstaufnahme und Verteilung jüdischer Kontingentflüchtlinge hat das Land Sachsen-Anhalt im Mai/Juni dieses Jahres eine Länderumfrage durchgeführt. Auf deren Ergebnis in Form der beiliegenden Synopse wird verwiesen.

2. ob der Landesregierung die Position der jüdischen Gemeinden bekannt ist, nach der die Verteilung der jüdischen Kontingentflüchtlinge von den jüdischen Gemeinden als überwiegend problematisch angesehen wird, da die Flüchtlinge auf 35 Landgemeinden bundesweit aufgeteilt werden,

Zu I. 2.:

Nach Auskunft verschiedener jüdischer Gemeinden in Baden-Württemberg lautet deren offizielle Bezeichnung „Jüdische Gemeinde“ (oder ggf. „Jüdische Kultusgemeinde“ oder „Israelitische Gemeinde“ oder „Israelitische Kultusgemeinde“). Der Begriff „Landgemeinden“ ist nicht bekannt.

Nach Mitteilung der Israelitischen Religionsgemeinschaft in Stuttgart (IRG) sind bundesweit 84 jüdische Gemeinden und 11 Landesverbände organisiert. In Baden-Württemberg gibt es zwei Landesverbände (Oberrat der Israeliten Badens in Karlsruhe und Israelitische Kultusgemeinde Württemberg in Stuttgart) und 9 jüdische Gemeinden (Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Baden-Baden, Emmendingen, Freiburg, Lörrach und Konstanz).

Der Landesregierung ist der Wunsch der jüdischen Gemeinden nach einer möglichst „gemeindenahen“ Verteilung jüdischer Kontingentflüchtlinge bekannt. Da sich die Standorte der 9 jüdischen Gemeinden in Baden-Württemberg auf den

badischen Landesteil beschränken und die IRG Stuttgart für die gesamten Regierungsbezirke Stuttgart und Tübingen zuständig ist, gestaltet sich die Betreuung insbesondere im württembergischen Landesteil schwierig. Eine gemeindenahere Unterbringung ist hier vor allem bei weiteren Zugängen kaum mehr zu gewährleisten.

3. ob die Landesregierung gegebenenfalls in Erwägung ziehe, den baden-württembergischen Verteilerschlüssel gemäß Erlass vom 26. Januar 1999, AZ: 4-1355/10 zu verändern;

II. Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen die Verteilung der jüdischen Kontingentflüchtlinge nach der bayerischen Regelung vorzunehmen.

Zu I. 3. und II.:

Auf Wunsch der israelitischen Seite wurden die jüdischen Kontingentflüchtlinge auch nach dem Inkrafttreten des Flüchtlingsaufnahmegesetzes am 1. April 1998 bis zum 31. März 1999 innerhalb des Landes Baden-Württemberg nur der Landeshauptstadt Stuttgart sowie Stadt- und Landkreisen in der Nähe einer jüdischen Gemeinde zur vorläufigen Unterbringung zugeteilt (13 Stadt- bzw. Landkreise). Die Beschränkung der Zuteilung auf lediglich 13 Kreise erwies sich zunehmend als problematisch und stieß auf Kritik der kommunalen Landesverbände. Da die jüdischen Kontingentflüchtlinge keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sondern die höheren Sozialhilfeleistungen erhalten, waren die aufnehmenden 13 Kreise gegenüber solchen Kreisen finanziell benachteiligt, die keine jüdischen Kontingentflüchtlinge zugewiesen bekamen. Einige dieser Stadt- und Landkreise weigerten sich deshalb, weitere jüdische Kontingentflüchtlinge aufzunehmen.

Im Übrigen entsprach die anfängliche auf wenige Gemeinden konzentrierte Verteilung nicht den Intentionen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes nach einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der aus der Flüchtlingsaufnahme resultierenden finanziellen Folgen der Träger öffentlicher Sozialleistungen. Vielmehr handelte es sich um ein Entgegenkommen an die israelische Seite für eine gewisse Übergangszeit. Nach verschiedenen Gesprächen mit der Israelischen Religionsgemeinschaft wurde das Verteilverfahren geändert. Seit 1. April 1999 werden die jüdischen Kontingentflüchtlinge in Baden-Württemberg sämtlichen unteren Aufnahmebehörden zugeteilt (mit Ausnahme der Stadt Karlsruhe entsprechend dem Flüchtlingsaufnahmegesetz als Standortgemeinde der Landesaufnahmestelle). Auch im Rahmen dieser Verteilungspraxis kann dem Anliegen der israelitischen Seite nach insoweit entsprochen werden, als einzelne Stadt- und Landkreise, die auf Grund der dort vorhandenen Strukturen auf eigenen Wunsch und über ihre eigentliche Aufnahmequote hinaus mehr jüdische Emigranten aufnehmen wollten, bei der Verteilung entsprechend stärker berücksichtigt werden.

Eine Rückkehr zum früheren Verteilungsverfahren (Zuteilung auf nur wenige Land- und Stadtkreise) wäre im Hinblick auf das Flüchtlingsaufnahmegesetz nicht sachgerecht und angesichts steigender Zugangszahlen nicht darstellbar.

Dr. Schäuble
Innenminister

Magdeburg, 2. Juni 2000

42.22

4

Erst-Aufnahme und Unterbringung von jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion

Land	Erst-Aufnahme in zentralen Einrichtungen	Unterbringung im Land
Baden-Württemberg	Ja, in Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge	Anschließende Verteilung auf Stadt- und Landkreise zur Unterbringung in dortigen staatlichen Gemeinschaftsunterkünften für bis zu 6 Monate. Anschlussunterbringung durch Gemeinden.
Berlin	Nein.	Grundsätzlich unmittelbare Versorgung mit privaten Wohnraum (80 – 85 v.H. der Aufgenommenen) nach Eintreffen in Berlin (Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung durch bereits in Berlin ansässige Angehörige). Im Übrigen Unterbringung in Übergangswohnheimen bis zur Vermittlung von eigenem Wohnraum.
Brandenburg	Ja, in Landesaufnahmestelle in Peitz	Anschließende Verteilung in eigene Wohnungen, vorrangig in Orte, in denen sich Jüdische Gemeinden etabliert haben oder sich im Aufbau befinden.
Bremen	Ja, in zentraler Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Bremen	Anschlussunterbringung in Übergangswohnheimen oder in Wohnungen
Hessen	Nein.	Direkte Verteilung auf die Landkreise und kreisfreien Städte nach Einreise.
Mecklenburg-Vorpommern	Ja, in Zentraler Aufnahmestelle für Spätaus-	Anschlussunterbringung in den drei kreis-

2

	siedler und Kontingentflüchtlinge	freien Städten des Landes.
Rheinland-Pfalz	Nein.	Erstunterbringung in Durchgangswohnheimen (zusammen mit Spätaussiedlern) bis zur Versorgung mit eigenem Wohnraum.
Schleswig-Holstein	Ja, Zentrale Aufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler und jüdische Emigranten	Verteilung auf Landkreise und kreisfreie Städte
Thüringen	Ja, in einem Übergangswohnheim in Zuständigkeit des Landkreises Künftiges Konzept: Unmittelbare Verteilung auf Landkreise und kreisfreie Städte nach Einreise.	Verteilung auf bestimmte Landkreise und kreisfreie Städte.
Bayern	Ja, Landesaufnahmestelle des Freistaates Bayern in Nürnberg	Nach zwei bis drei Tagen erfolgt die vorläufige Unterbringung in Übergangswohnheimen.
Hamburg	Ja, Zentrale Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber, Spätaussiedler und sonstige Flüchtlinge	Weiterverteilung auf Unterkünfte. Dortige Unterbringung bis zur Anmietung eigenen Wohnraumes
Niedersachsen		
Nordrhein-Westfalen		
Sachsen		
Saarland	Ja, Landesamt für Ausländer- und Flüchtlingsangelegenheiten	Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften bis zur Versorgung mit privatem Wohnraum. Kosten des Unterkunftsbetriebs trägt das Land.